

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen

Haushaltsrede am 23.11.2011 zum Haushalt 2012

SPERRFRIST BIS NACH DER REDE IM RAT

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die letzten zwei Jahre waren – verzeihen Sie mir – wenn ich vielleicht zu positiv zurück denke, eine Erfolgsstory für unsere Stadt.

Erfolgsstory heißt nicht, dass Alles bereits gut ist. Es heißt aber durchaus, dass wir mit unseren wesentlichen Gedanken und Vorschlägen in die richtige Richtung gegangen sind. In die richtige Richtung sind wir gegangen mit der **maßvollen Erhöhung der Gewerbesteuer**. Sie hat sich als sehr positiv auf die Entwicklung unserer Stadt gezeigt, da sie als Wettbewerbssteuer einen wesentlichen Einfluss auf die Konkurrenzsituation mit unseren Nachbarstädten hat. Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten Sie gar nicht erhöht, aber wir als Liberale verschließen uns auch nicht den finanziellen Notwendigkeiten die erforderlich sind, um unsere Stadt in die richtige Richtung zu entwickeln.

In die richtige Richtung sind wir auch gegangen mit dem Verzicht auf die damals angedachte Bettensteuer. Es wird niemanden verwundern, dass wir in diesem Jahr hier auch eine eindeutige Ablehnung formulieren. Der Doppelhaushalt 2010/2011 legte fest, dass es nochmals zu einer Prüfung dieses Steuervorschlages kommen sollte.

Meine Damen und Herren! Wir haben geprüft. Wir haben festgestellt, dass die Kommunen, die diese Übernachtungssteuer eingeführt haben, erhebliche Verluste im Bereich der Hotellerie, der Gastronomie und besonderes des Einzelhandels zu verzeichnen haben. Wir haben weiter festgestellt, dass Essen und die Nachbarkommunen ohne die Betten-Maut deutliche Zuwächse bei den Übernachtungszahlen erfahren. 2010 hatten wir in Essen 1,31 Millionen Aufenthaltstage mit einer durchschnittlichen Tagesausgabe pro Person von 176,40 Euro. Das macht 231 Millionen Euro für Essen! Sie alle können sich ausrechnen, dass der Verzicht auf die Bettensteuer, unser Kämmerer geht hierbei von einem Finanzansatz in Höhe von ca. 3,5 Mio. aus – schnell durch andere Steuereinnahmen (wie Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Einkommenssteuer der Beschäftigten und der Unternehmer) kompensiert werden.

Wir brauchen also möglicherweise – weil diese zusätzlichen Steuereinnahmen uns noch keiner ausgerechnet hat – gar nicht unseren Deckungsvorschlag für diese Bettensteuer aus dem Bereich der LVR-Umlage in voller Höhe zu nehmen.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Deckung der ca. 3,5 Millionen aus verwandten Bereichen erwirtschaftet werden kann.

Die Messe wird den Verzicht auf diese Bettensteuer ebenfalls als positiven Wettbewerbsvorteil für sich in Anspruch nehmen, wenn in den Nachbarkommunen das Schlafen teurer ist als in Essen. Wir erwarten auch von der Kämmerei, dass sie diesen Ein-Jahres-Haushalt nutzt, um uns zum Ende des nächsten Jahres – wenn es wieder um einen Doppelhaushalt geht – die positiven Effekte der Nichteinführung dieser Steuer in Euro und Cent darlegen kann.

Ich erinnere nur an die Einführung der Bettensteuer in Duisburg und Dortmund mit deutlichen Einbußen in diesen Städten und Verbesserungen der Einnahmen in den Nachbargemeinden.

Eines kann ich heute schon sagen, wir diskutieren hier diesmal einen Ein-Jahres-Haushalt, aber wir diskutieren kein zweites Mal die Ablehnung der Bettensteuer in der Zukunft.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Messe – **Ja und in aller Deutlichkeit**. Die FDP-Fraktion steht zur Messerertüchtigung. Die Messe Essen ist ebenfalls ein Wirtschaftsmotor für unsere Stadt. Sie wirkt über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus und muss auch für die Zukunft auf eine gute Infrastruktur und Planungssicherheit bauen können. Dieses wollen wir in den nächsten Jahren schaffen.

Dazu gehört auch eine übergeordnete Infrastruktur. Ich komme später auf das zukunftsweisende Projekt Baldeneysee noch zu sprechen. Ich will aber an dieser Stelle auch betonen, dass wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass nur vernünftige Verkehrswege den wirtschaftlichen Gesamt-Erfolg unseres Standortes ermöglichen. Es darf überhaupt nicht sein, dass drei Autobahnen nach Essen hineinführen und nur eine den Weg aus unserer Stadt wieder hinaus findet.

Wer keine Rücksicht auf die Wohnbevölkerung im Essener Norden – die täglich unter dem Dauerstau leidet – und mit der fehlenden Infrastruktur auch wenig Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Essen nimmt, behindert die Gesamtentwicklung unserer Stadt.

Zu einer gut funktionierenden Infrastruktur gehört aber mehr. Wir müssen unser erfolgreich angefangenes Sport- und Bäderkonzept fortschreiben – gestatten Sie mir hierzu eine kurze Bemerkung.

Mit dem Beschluss den Ersatzbau für das Stadtbad auf das Gelände des Thurmfeldes zu errichten, haben wir den gordischen Knoten durchschlagen können. Jetzt haben wir wieder eine Perspektive für unsere Sportler, unsere Kinder und die Bevölkerung. Gleichzeitig hat uns dieser Beschluss die dringend benötigte Freigabe der durch die Bezirksregierung gesperrten Gelder ermöglicht, womit wir die Modernisierungen unserer Sportanlagen weiter vorantreiben können. Durch die Aufgabe und Vermarktung von nicht mehr benötigten Sportstandorten erhalten wir gleichzeitig auch die finanziellen Mittel, um die Konzepte zukunftsorientiert umzusetzen. Notwendig hierzu ist allerdings auch die schnelle und unbürokratische Vermarktung von freigewordenen Flächen und Gebäuden. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Ich möchte auch auf eine weitere Problematik hinweisen. Durch die Aufgabe von nicht mehr benötigtem Schulraum werden auch gleichzeitig die an den Schulen angeschlossenen Sporteinrichtungen (Sporthallen, Gymnastikräume, Schulschwimmbecken, etc.) entfallen. Auch hier müssen dringend Konzepte entwickeln. Es kann nicht sein, dass damit auch die vor Ort ansässigen Vereine, Verbände und Integrationsvereinigungen ihre Sport- und Freizeitmöglichkeiten verlieren.

Hier muss eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schul- und Sportverwaltung stattfinden. Ich würde mich freuen, wenn der ESPO, der wesentlichen Anteil an den gelungenen Sportkompromiss hatte, auch hier die Federführung in die Hand nehmen würde.

Das kulturelle Konzept bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Stadtpolitik. Wir wollen unter anderem die mittelfristige Finanzpolitik zur Sicherung des Fünf-Sparten Betriebes der TUP anpassen.

Zusätzliche vom Kämmerer vorgesehene Konsolidierungsbeiträge gefährden den 5-Sparten Betrieb. Die Mehrbelastung durch Tarifsteigerungen müssen somit analog zu den anderen städtischen Gesellschaften bei den zukünftigen Haushaltsansätzen berücksichtigt werden. Die Verwaltung wird daher aufgefordert, die Privatisierung der Folkwang Musikschule zeitnah voranzutreiben.

(Deckungsvorschlag)

Die kulturelle Trägerlandschaft ist plural und vielgestaltig organisiert (freie Szene und Brauchtum).

Die bedeutsamste Finanzierungsquelle der Förderung der freien Kulturarbeit liegt nach wie vor auf der Ebene der Kommunen. Die zurzeit gültige Zuwendung erfolgt in der Regel im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung, wobei Eigenmittel und Einnahmen angerechnet werden. Die ökonomische Realität der Zuwendungsempfänger, die den Löwenanteil der Fördermittel erhalten, ist jedoch eine andere. In vielen Fällen gibt es eine gemischte Finanzierung aus verschiedenen privaten und öffentlichen Quellen, die nicht ohne weiteres kompatibel sind. Deshalb muss grundsätzlich unterschieden werden zwischen einer institutionellen Förderung, d.h. nicht projektgebundener Zuschuss für den laufenden Betrieb einer Einrichtung und der Förderung für ein zeitlich begrenztes Projekt, das sowohl von einer Kultureinrichtung selbst

oder auch von einzelnen Künstler/innen und Kulturschaffenden initiiert werden kann.

Wir haben gerade eine Wiederholungswahl zum Integrationsrat hinter uns. Integration ist nach wie vor ein wichtiger politischer Bestandteil unserer Stadtpolitik und wir als FDP-Fraktion stehen voll hinter den vorgesehenen Maßnahmen zu einer besseren Willkommenskultur in unserer Stadt. Wir sind über die sehr geringe Wahlbeteiligung bei der Wiederholungswahl des Integrationsrates. Dieses Gremium verfügt damit kaum über eine nennenswerte politische Legitimation. Wir sehen uns in unserer Auffassung bestätigt, dass diese Form des Gremiums nicht geeignet ist, die berechtigten Interessen der Migrantinnen und Migranten zu vertreten.

In Anbetracht der Tatsache, dass eine Vielzahl von Maßnahmen zur Integration und die damit verbundenen eingesetzten Finanzmittel ein nicht befriedigendes Ergebnis zeigen, darf bei unserer Haushaltslage durchaus hinterfragt werden, inwieweit diese Zahlungen sinnvoll eingesetzt werden. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Wir als FDP-Fraktion sind für eine vernünftige Integrationspolitik und stellen nicht grundsätzlich diese Zahlungen in Frage. Doch unserem Erachten nach muss nachgefragt werden, ob und wo erfolgversprechend diese Gelder eingesetzt werden. Wir fordern daher einen Evaluationsbericht über alle in unserer Stadt eingesetzten Finanzmittel, die mittelbar und unmittelbar für Integration zur Verfügung stehen. Wir sind der Meinung, dass sich hier ein erheblicher Wildwuchs in den letzten Jahren eingeschlichen hat. Ich betone nochmals, die FDP-Fraktion will keine sinnvollen und erfolgreichen Maßnahmen für die Integrationsarbeit in unserer Stadt verhindern – im Gegenteil – oft fehlen für wirklich sinnvolle

Maßnahmen die finanziellen Mittel, da diese bereits für nicht zielführende Projekte gebunden sind. Deshalb müssen alle Tätigkeiten auf ihre Sinnhaftigkeit und ihre Erfolgsaussicht auf den Tisch. Wildwuchs muss bei unserer Haushaltslage überprüft und ggf. korrigiert werden.

Wildwuchs hat man uns auch vorgeworfen, als wir gemeinsam mit anderen Fraktionen die Personalentwicklung der Stadt Essen in Angriff genommen haben. Dieses war ein wesentlicher Schritt für die positive finanzielle Entwicklung unserer Stadt. Und - meine Damen und Herren - es war gar kein Wildwuchs, sondern der sogenannte 1000 Stellenabbau-Beschluss hat uns wieder in die Lage versetzt, Personalentwicklung als zentrale Aufgabe zu bewältigen. Denken Sie zurück: Keine Beförderungen mehr für unsere Mitarbeiter, keine Ausbildung, keine Übernahme, keine Neueinstellungen. Genau das wollten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung und in unseren Gesellschaften nicht zumuten.

Personalentwicklung soll auch künftig nach nachvollziehbaren und belastbaren Kriterien organisiert und in die Beteiligungsunternehmen einbezogen werden. Dazu benötigen wir ein professionelles und konzernweites Personalmanagement. Dazu zählen u.a. Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen, Leistungsanreize, ein sehr gutes Gesundheitsmanagement, familienfreundliches Arbeitsumfeld sowie eine detaillierte Aufgabenkritik.

All dies wird unsere Stadt für die Zukunft weiter positiv entwickeln. Zu der weiteren positiven Entwicklung gehört aber auch die entsprechende Stadtentwicklung. Wir haben in der Vergangenheit bereits entscheidende Weichen gestellt. Die Entwicklung des

Universitätsviertels, ThyssenKrupp mit der grünen Harfe, Limbecker Platz und Berliner Platz zeigen in die richtige Richtung. Weitere Schritte sind in der Planung. Ein wesentlicher Bestandteil wird die Entwicklung der nördlichen Innenstadt und die Entwicklung des Baldeneysee-Konzeptes werden. Hier wurde bisher ein städtebauliches „Pfund“ zu wenig beachtet. Erstaunlich ist das große Interesse der Bevölkerung an diesem Thema. Erste Gespräche haben gezeigt, dass wir hier im Hinblick auf die Entwicklung des Essener Südens und des gesamten Stadtgebietes ein großes Potenzial haben. Die Fraktionen des Rates haben die Verwaltung bereits beauftragt, ein Konzept für die Entwicklung des Baldeneysees als städtebauliches „Pfund“ für unsere Stadt weiterzuentwickeln. Insbesondere sind hier anzuführen: eine bessere Infrastruktur einschließlich der Verkehrswege, Parkmöglichkeiten und einer Verbesserung des Erscheinungsbildes sowohl der vorhandenen Wege, Grünflächen und der gastronomischen Betriebe. Zur weiteren Entwicklung dieses Projektes rufen wir sowohl Verwaltung, Rat, Ausschüsse, Weiße Flotte als auch die Bevölkerung und Interessierte zur Mitarbeit auf.

Im Bereich Soziales, in dem die meisten Ausgaben Pflichtaufgaben sind, sind die Möglichkeiten für Einsparungen äußerst gering. Wir hoffen und haben die Erwartung, dass durch die Übernahme des Jobcenters durch die Stadtverwaltung (Optionskommune) die Förderung insbesondere von Langzeitarbeitslosen künftig besser gelingen kann. Mit der Wiedereingliederung dieses Personenkreises in den ersten Arbeitsmarkt sind Einsparungen bei den „Kosten der Unterkunft“ möglich.

Im Bereich der Jugendhilfe sehen wir es als nicht seriös an, finanzielle Forderungen zu erheben ohne entsprechende Deckungsvorschläge zu

machen. Die Einstellung „Egal woher – wir nehmen es von den Anderen“ ist mit uns nicht zu machen.

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede das Thema angesprochen, wie sich unsere Stadt in den nächsten 20 Jahren entwickeln soll (Thema: Essen 2030). Wie ich oben bereits erwähnt habe und der Oberbürgermeister festgestellt hat, steht unsere Stadt in zunehmenden Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen unseres Landes. Das heißt, wir müssen uns fit machen für diese Herausforderungen. Dazu zählen insbesondere die harten Standortfaktoren, wie z.B. verbesserte Verkehrsverhältnisse z.B. die Durchstreckung der Autobahn 52), aber auch die weichen Standortfaktoren, wie das Konzept Baldeneysee, Ausbau der touristischen Angebotsstruktur und eine attraktive Kulturszene. Deshalb stehen wir als FDP-Fraktion voll und ganz hinter der Vision Essen 2030.

Meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt und die von den Fraktionen CDU, Grüne FDP und EBB eingebrachten Änderungen zum Haushaltsentwurf stellen einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt dar. Ich bitte Sie daher um Zustimmung für diese verantwortungsbewusste und zukunftsweisende Politik der Vernunft.

Vielen Dank!